

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: G. K. Krawinkel, Dresden und G. K. Krawinkel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alte Stadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Telefon 26 261. Sprechstunden: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Telefon 26 261. Geschäftszeit: von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatibelgröße 30 Goldpf., die 90 mm breite Neffengröße 150 Goldpf., für auswärts mögliche Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Richtsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Goldpf.

Nr. 131

Dresden, Freitag den 6. Juni 1924

35. Jahrg.

Gegen die nationalistischen Demagogen

In der gestrigen Sitzung des Reichstags rechnete der sozialdemokratische Redner, Genosse Löbe, mit der deutschen Reaktion und ihrem Demagogentum kräftig ab. Das darin enthaltene Material ist so wichtig und die Abrechnung mit den Rechts- und Linkshörschwestern so nachdrücklich, daß wir die Rede ausführlich an dieser Stelle bringen.

Abg. Löbe (Soz.)

Auch wir erblicken als Kernstück aller deutschen Politik in der nächsten Zeit die Stellung zum Sachverständigenrat. Wie sich zu ihm die Parteien stellen, wie sich zu ihm der Reichstag stellt, eventuell der nächste Reichstag, wie sich zu ihm das deutsche Volk stellt, davon hängt unser Schicksal in den nächsten Jahrzehnten ab. Darum kommt es an, ob unsere Wertschätzung wieder voll in Wang kommt, ob 60 Millionen unserer Volksgenossen wieder Nahrung, Kleidung und Wohnung finden, und darauf kommt es an, ob wir Wein und Ruhr beim Deutschen Reich erhalten können. Die Parteien, die wir von Herrn Bestarp gehört haben, erinnern mich an einen Ausspruch, der in diesen Tagen in der politischen Debatte geäußert worden ist, von dem Großvater meines neuen Mitglieds des Reichstages dem Jugend und Karren vorzumerfen, ein unerschütterliches Ururteil wäre. Dieser Großvater hat nicht nur mächtige, sondern auch schwache Tage seines Vaterlandes gesehen, und in diesen schwarzen Tagen ist auch ihm ein Graf Bestarp mit ähnlichen Worten gegenübergetreten. Herr Bestarp antwortete damals als Abgeordneter des Preussischen Landtages: „Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinett oder in der Kammer, mit dem populären Wind in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seiner Kammerfeuer zu wärmen, oder von dieser Tribüne Reden zu halten, und es dem Wustfeller, der auf dem Schanze verblüht, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erzielt oder nicht.“ (Sehr gut! und Bravo!) Die augenblickliche Lage Deutschlands ist dazu angelegt, Ihnen dieses Wort Bestarps in die Erinnerung zu rufen.

Als die Deutschnationale Partei noch in keine Regierungskommission einbezogen war, hat sie oft ihren Spott an den Jangengeburten geübt, die bei neuen Regierungsbildungen nötig waren. Diesmal sind Sie (nach rechts) ganz hervorragend in die Regierungskommission einbezogen worden. Die erste Probe von Kraft und Verjüngung bei beratigen Akten haben Sie wirklich nicht glänzend bestanden. (Sehr gut! Heiterkeit in der Rille.) Jetzt möchten wir wirklich fragen: Wieviel Aufwind unnütz ist verban? Wieviel Kleinliches, allzu Menschliches hat sich in diesen Verhandlungen gezeigt, in denen Sie den Kopf Stresemanns verlangten, und wenn ich mich des kahlen Tonnes bedienen möchte, den der Nationalsozialist Dr. Fiedl dieser Tage gebraucht hat, dann würde ich sagen: Und wieviel Knochenermüdung gehört dazu, in diesem dreiwöchigen Wetteln, gegenwärtig in die Regierung zu kommen, von der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen und umgekehrt! Der Vergleich ist wirklich nicht übertrieben, wenn man darauf hinweist, daß

jedesmal, wenn der Kontrakt zur Vordertür hinausgeworfen worden war, er zur Hintertür wieder hereinkam.

(Sehr gute Zustimmung.)

(Sehr. Just.) Ich muß sagen, ich belege es umgekehrt, daß der Herr Reichspräsident, daß die Mittelparteien diesen Vorgängen nicht eher ein Ende gemacht haben. Graf Bestarp hat geglaubt, diese Schwierigkeiten auf das parlamentarische System selbst zurückzuführen zu müssen und zu sagen, daß das eben für Deutschland ganz untragbar ist. Er stellt damit unser eigenes Volk nicht nur unter die großen anglikanischen und romanischen Nationen, die so viel Selbstbewußtsein und Stärke aufgebracht haben, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Er stellt sie auch unter die germanischen Nationen des Nordens, die gar nichts anderes als ein parlamentarisches System kennen. In demselben Augenblick aber, in dem er das parlamentarische System als unbrauchbar für Deutschland erklärt, verlangt er auf Grund des parlamentarischen Systems, daß der Reichspräsident die höchste Partei mit der Kongressität beauftragt. (Sehr richtig! Juristerei bei den Deutschnationalen.) — Sie sagen: Sehr richtig! Ich hätte einmal den Augenblick erleben wollen, mit welcher Lieberzeugungstreue Graf Bestarp hier gestanden hätte, wenn der kommunistische Partei die größte des Reichstages gewesen wäre, wie Sie (nach rechts) geäußert hätten, daß der Reichspräsident der kommunistischen Partei den Auftrag zur Regierungsbildung zu geben hätte. Auf einige andere Unrichtigkeiten, die sich Graf Bestarp gegenüber dem Sachverständigenrat erlaubt hat, werde ich später eingehen. Im voraus aber will ich betonen, wie bedauern diesen langen Regierungshandel besonders wegen seiner Rückwirkungen auf unser internationales Ansehen gewesen ist. Im vorigen Reichstag hat der damalige Reichsaussenminister das Wort Bergmanns von dem Silberstreifen, der am Horizont sichtbar sei, wiederholt. Dieser Optimismus ist damals arg verpöndelt worden. Heute kann niemand mehr bestreiten,

daß im Westen die Wollbank gerissen ist und das erste Licht durchblitzt.

(Widerspruch rechts.) Ihre eigenen Redungen haben darauf hingewiesen, daß durch die französischen Kommunalwahlen am 11. Mai der nationale Wind eine schwere Niederlage erlitten hat, daß jetzt in Frankreich die Demokratie triumphiert, daß die Linke, die Sozialisten und die Radikalen, die Mehrheit erreicht haben und diese Mehrheit gestützt ist, grundsätzlich andere Wege einschlagen, als Poincaré sie ging, daß in Frankreich der starke Wille zu einem wirklichen Frieden besteht und zu einer vernünftigen Verständigung mit Deutschland, von der auch Herr Bergt in seinem ersten Interview mit dem Sozialistengericht gesprochen hat, der Weg bereitet ist. Wir wissen, daß die Bedingungen der Verständigung nach dem so gründlich sein werden. Wir wissen, daß auch das Sachverständigenrat und seine schweren Lasten aufgelegt, daß die Verständigung auch von der neuen französischen Regierung verlangt werden wird. Aber es ist eine andere Atmosphäre eingetreten, eine neue und bessere Atmosphäre. Wir dürfen die Hoffnung hegen,

daß über diejenigen Fragen, die im Gutachten nicht unmittelbar berührt sind, jenes Einverständnis herbeigeführt wird, das alle vernünftigen Elemente haben wie drüben herbeiführen wollen, nämlich die Freilassung der Gefangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen, die gerade dann am schwersten durchzuführen sein wird, wenn wir sie zur Bedingung machen und die am ehesten herbeigeführt wird, wenn wir uns auf den Boden des Sachverständigenratens stellen. Wir setzen als Voraussetzung an, daß auch bei uns der gute Wille herrsche und die Gefangenen ausführen,

daß auch bei uns Verhandlungen nicht gehalten werden und die nationalistischen Rundgebungen aufhören, die lediglich die Lage der Gefangenschaft für die Ruhr- und Rheingefangenen verlängern und die Rückkehr der Ausgewiesenen erschweren.

Von diesem Standpunkt aus begrüßen wir es, daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung sitzen, denn auch wenn sie sich auf den Boden des Sachverständigenratens gestellt hätten, so wäre doch niemals das Vertrauen gerettet worden, das im Ausland ihnen gegenüber besteht. Ich muß schon sagen: Schlimmer als durch Ihre (zu den Deutschnationalen) Vorschläge hätte dieses Vertrauen wirklich nicht gemehrt werden können. Mit aller schuldigen Rücksicht auf das Alter, meine Damen und Herren: Aber hätte Herr Bergt sich nicht selber sagen müssen, daß seine Kandidatur wie ein Alarmruf wider Deutschland in der ganzen Welt wirken müßte? Daß er erst jene Demagogen herbeiführt, von denen die schlimmste wohl diejenige ist, die uns eben der Herr Abg. Koch, Westf., mitgeteilt hat, daß Ihr

Graf Bestarp sich im Ausland erkundigt hat, ob die Kandidatur Ihres Parteigenossen?

Gute Nacht mit diesem Nationalgefühl, das ins Ausland geht und fragt, ob ein deutschnationaler Kandidat genehm ist!

Das Schlagwort, an dem sich die deutsche Politik in den letzten Jahren orientiert hat, ist das der Erfüllungspolitik. Wir, die wir sie zuerst für unabwendbar hielten, die notwendigen Folgerungen daraus gezogen, haben deshalb bereits im Jahre 1920 gewisse Verluste erlitten, damals ausgenutzt der Volkspartei, die nach zwei Jahren denselben Weg gehen mußte, den wir gegangen sind. Diesmal sind die Verluste, die vorher wir, die Demokraten und das Zentrum, erlitten haben, auf Kosten der damals regierenden Volkspartei gegangen, und einige Tage später sehen wir die Herren den Weg nach Damaskus gehen, die heute die Sieger geworden sind (Herrn Juristerei, h. d. Dnat.: Wo denn?) schwanke, ägernd, nicht ohne Zurückweichen, aber mit derjenigen Unsicherheit, die das erste Symptom des Unfalls ist. (Heiterkeit.) Die Zurückhaltung, die Sie (nach rechts) sich heute auflegen, ist ja keine so ganz freiwillige mehr; sie hängt doch etwas mit den nationalistischen Nachbarn zusammen. Aber ich will fünf Minuten meiner Redezeit opfern, um Ihnen Ihre Gefinnungsreise vorzuführen. Am 8. Mai schließt in Ihrer Deutschen Zeitung Oberfinanzrat Bang in bezug auf das Sachverständigenratens:

„Das Frauenkomitee einen an, wenn man diese letzte Entschuldigungs- und Verzichtserklärung vor sich sieht. Wie tief sind wir doch gesunken, daß man überhaupt wagen darf, uns ein solches Dokument unter Schmach vorzusetzen!“

(Sehr richtig! h. d. Nationalsozialen.) „Sehr richtig“ sagen die Deutschnationalen, aber die deutschnationale Rille (nach rechts) läßt sanfter. Ein paar Tage später sehen wir unseren verehrten Kollegen Dr. Dörsch in der Kreuzzeitung schreiben:

„Niemand wird bestreiten, daß das Gutachten von Sach-

verständigen ersten Ranges abgefaßt ist (Dörsch Dörsch links) und daß sie sich wenigstens bestrebt haben, die wirtschaftliche Situation wahren zu lassen. Ob über dieses Gutachten Verhandlungen, die wir niemals an sich abgelehnt haben, überhaupt möglich sind, hängt doch mehr von der Entente als von uns ab.“

Hefflerich schrieb kurz vor seinem so furchterlichen Tode in seinem Artikel „Das zweite Versailles“:

„Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünde wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und dieses deutsche Volk hat an der Hand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch erneut auf sich lädt.“

(Sehr richtig! h. d. Deutschnationalen.) — Sie sagen etwas saghaft „Sehr richtig!“, denn Sie waren eben im Begriffe, mit denjenigen Parteien und mit benennigen Regierungen, gegen die sich dieser Vorwurf richtet, sich selber zu koalieren. (Sehr richtig! links.) Und Herr Abgeordneter Graf v. Westarp schreibt zu diesem Fluch: „Niemand hat die Deutschnationale Volkspartei den Standpunkt vertreten, daß Deutschland jede Verhandlung über die Verhältnisse der Sachverständigen ablehnen soll.“

Wenn das ein so schlimmer Fluch ist, dann ist das ein sehr zweideutiges Benehmen. (Juristerei rechts.) Es kommt ja noch viel besser; regen Sie sich doch nicht auf! In der Kreuzzeitung schreibt der Major Kriegshelm:

„Das deutsche Volk leistet nicht Beihilfe an seiner Schändung und umkleidet diese für den Gegner nicht mit dem Schrein des Rechtes, sondern die Kusterlegung des Sachverständigenratens stellt sich in voller Radikalität als Gewaltakt und Diktat. Partei- und Wirtschaftskruppen, die das nicht begreifen, verwirren den Anspruch auf nationale Führung. Beistehet nicht Beihilfe an seiner Schändung!“

Herr Bergt aber sagt:

„Wir setzen dem Gutachten und der Aufforderung zu verhandeln nicht von vornherein ein unüberwindliches Hindernis entgegen.“

Keine Damen und Herren! Wenn es Beihilfe zur Schändung ist, können Sie sich nicht so benehmen. Kein Wunder, daß Ihr eigener Herr Laurenz Brecher schreibt:

„Das sind Worte, wie sie auch Herr Stresemann immer wieder hinausgeschmettert hat und die er nur bei seiner Reuebegehung hinterher zum Ausdruck gebracht hat.“ (Heiterkeit.) Also, ich glaube, unser verehrter Herr Kollege Schöps von der Deutschen Volkspartei wird schon am 7. Mai, als er das Interview des Herrn Bergt las, mit dem Hauptzei, und hervorgehoben und gesagt haben: So fing es bei uns auch an! (Große Heiterkeit.)

Es gibt ja eine ganze Menge kleiner Symptome dafür. Herr Dr. Stresemann hat während des Wahlkampfes auch in meinem Heimatwahlkreis Dresden gesprochen und hat mit seiner Reuebegehung auch dort Laufende in seinen Sinn gezogen. So kam nachher ein Freund von mir aus der Versammlung und sagte: Stresemann hat eine glänzende Rede gehalten, aber ein Genosse Löbe, muß ich Ihnen gestehen: Ueber die Erfüllungspolitik hat er uns genau dasselbe gesagt, was Sie uns vor vier Jahren gesagt haben. (Dörsch, Dörsch und Heiterkeit.) Ich zweifle nicht daran, es bezeugt kein Jahr, dann kommt der Mann wieder zu mir und sagt: Jetzt hat Bestarp die Rede gehalten! (Schallende Heiterkeit.)

Der Entschluß zu der relativen Zurückhaltung, von der Graf Bestarp sprach, ist verständlich angesichts der Nachfahren und

Zum Freispruch der Mordanstifter

Die deutsche „Rechtssprechung“ ist um ein Rabinettstück reicher. Das Berliner Schwurgericht in seiner Emmingerform hat in dem Prozeß wegen des Mordkomplotts gegen General Seekt die beiden Angeklagten Thormann und Dr. Grandel freigesprochen und die Haftbefehle aufgehoben. Dieses Urteil wird mit einer halbdreierischen Begründung versehen. Zur Verabredung eines Mordes, so wird gesagt, gehöre, daß alle Beteiligten den „Tatwillen“ hätten. Das sei aber bei den als Mörder gedungenen Koepe und Lettenborn nicht der Fall gewesen, folglich könne auch eine strafbare Handlung bei den beiden Angeklagten Thormann und Grandel nicht in Frage. Es sei zu seinem ernsthaften Mordversuch gekommen, ein „Versuch eines Verfalls“ sei aber nicht strafbar. So kommt der Gerichtshof zu dem Schluß, daß die beiden Angeklagten, trotzdem bei ihnen eine ernsthafte Absicht zur Ermordung Seekts angenommen werden müsse, straffrei ausgehen. Wobei nenebender das Gericht dem Alldeutschen Club die Ehrenklärung ausstellt, es halte bei ihm jene Absicht für ausgeschlossen. Ganz abgesehen davon, daß die juristische Konstruktion des Schwurgerichts mehr als ansehbar ist — zwischen Grandel und Thormann bestand doch zweifellos eine „Verabredung“, die den ersten Tatwillen einschloß.

Ganz zweifelhaft hat die Verhandlung ergeben, daß Thormann irgendein Subjekt suchte, das den General von Seekt zu töten bereit sei. Ebenso ernsthaft ist nachgewiesen, daß Grandel hinter Thormann stand und ihn bei seiner Tätigkeit unterstützte. Sie hatten also, um die Worte des Gerichts anzuwenden, den „Tatwillen“, einen Mörder zu dinge. Daß die Personen, die ihnen zu diesem Zwecke

gut und brauchbar erschienen, die Lettenborn und Koepe, in diesem besonderen Falle verurteilt, lag ebenso zweifellos außerhalb ihrer eigenen Kalkulation. Sind sie deshalb nicht strafbar? Das Gericht ist auf die merkwürdige Konstruktion gekommen, daß deshalb, weil Lettenborn und Koepe nur Scheinmörder waren, auch die Auftraggeber straffrei bleiben müssen. Das bedeutet Straffreiheit für alle jene, die zunächst Morde vorbereiten und durch andre ausführen lassen wollen. Aber natürlich müssen die Mordkomplott „national“ sein — das ist Voraussetzung.

In andern Zeitläuften würde ein Urteilspruch wie dieser einen Sturm der Entrüstung im Lande auslösen. Aber heute ist die Öffentlichkeit gegen unfassbare Richtersprüche bereits so abgestumpft, daß auch dieser letzte in einer langen Reihe kaum noch eine Erregung auslöst. Diese Reklamationlosigkeit gegenüber einer Justiz, die die Republik so gut wie schamlos läßt, ist allerdings die schärfste Verurteilung, die ihr zuteil werden kann. Der Leiter der deutschen Reichswehr, General v. Seekt, den nach seinen eigenen Angaben der Herr Club zum Verfassungsbruch und Staatsstreich verurteilt wollte, der wegen seines Festhaltens an der Befehlsmäßigkeit, an der „Legalität“ als Schlichter Wertes beschimpft wird, der den Alldeutschen als Schädling erscheint, der bestraft oder umgelegt werden muß — dieser General v. Seekt wird über die Richter sich seine besonderen Gedanken machen, die ihn vor Mordhuben durch Freispruch schützen. Die Republik aber, die es nicht verstanden hat, sich rechtzeitig die Sicherheit zu verschaffen, deren jede Staatsform bedarf, kann die Parteien einrollen angesichts der Sorte von Rechtssprechung, die in ihrem Namen erfolgt!